

**Vorschläge für die Strukturierung der Zusammenarbeit von Landesvorstand
und Landesrat**

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 10. März 2017

- Beschluss:** Der Landesvorstand nimmt die Vorschläge für die Strukturierung der Zusammenarbeit zur Kenntnis und bittet den Landtag und die Sprecher*innen des Landesrates, um Berücksichtigung und Umsetzung.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** Siehe Beschluss.
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

f.d.R.

Dresden, den 10. März 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Ziel der Vorschläge

Die nachfolgenden Vorschläge für die Strukturierung der Zusammenarbeit werden unterbreitet, um die folgenden Ziele zu erreichen:

- Sicherstellung, dass alle Landesratsmitglieder über die Beschlüsse des Vorstandes informiert sind.
- Sicherstellung, einer kontinuierlichen Zusammenarbeit.
- Sicherstellung, dass die Landesratsmitglieder selbst entscheiden können, auf welche Themen, die im Landesvorstand diskutiert worden sind, beim Bericht vertieft eingegangen werden soll bzw. was für sie diskussionsrelevant ist.

Folgende Vorschläge werden unterbreitet:

1. Bei der Jahresplanung 2018 werden bereits mit der Gesamtterminplanung der Landespartei Termine für die Landesratssitzung mit beschlossen. Die Vorschläge der Landesgeschäftsführung werden mit den Sprecher*innen des Landesrates rückgekoppelt, bevor sie im Rahmen der Terminplanung beschlossen werden.
Hintergrund:
 - Die Rahmenterminplanung berücksichtigt Termine der Bundespartei, aber auch der Landespartei, soweit zum Zeitpunkt des Beschlusses möglich. Somit sollen Terminkollisionen vermieden werden, die es Teilen der Landesratsmitglieder unmöglich macht, an den Beratungen teilzunehmen. Derzeit betrifft dies vor allem die Mitglieder des Bundesausschusses, die gleichzeitig Mitglieder des Landesrates mit beratender Stimme sind.
 - Weiterhin können so auch die Landesratssitzung mit den gemeinsamen Beratungen von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden harmonisiert werden. Damit wird eine Beratungsvorbereitung im Landesrat ermöglicht.
2. Nach jeder Landesvorstandssitzung erfolgt am Dienstag darauf eine Telefonkonferenz mit den Sprecher*innen Landesrat und der Landesgeschäftsführung oder/und dem Landesschatzmeister. In dieser Telefonkonferenz wird besprochen, inwiefern der Landesrat über Sitzungsinhalte jenseits des Protokolls zu informieren ist. Die daraus resultierenden Aufgaben werden gleichermaßen verteilt.
Weiterhin wird besprochen, welche der Tagesordnungspunkte im nächsten Bericht des Landesvorstandes im Landesrat ausführlicher ausgeführt werden und welche der Beschlüsse für die Landesratsmitglieder ausgedruckt werden, weil sie Relevanz haben. Weiterhin wird miteinander vereinbart, wann diese Unterlagen an die Landesratsmitglieder verschickt werden (Zwischenmail, mit der Einladung, ...).
3. Die Landesratsmitglieder, die ihre Unterlagen elektronisch haben möchten, teilen dies bitte unter kontakt@dielinke-sachsen.de der Landesgeschäftsstelle mit. Alle anderen bekommen ihre Unterlagen weiterhin ausgedruckt.
Die elektronischen Sitzungsunterlagen werden bis spätestens 17 Uhr am Vortag der Landesratssitzung im Bündel bereitgestellt.
4. Der Landesvorstand bittet darum, dass wenn Tagesordnungspunkte, welche von Landesvorstandsmitgliedern bestritten werden sollen, geplant sind, möglichst langfristig eine Klärung erfolgt, ob eine Teilnahme an der Sitzung möglich ist.
5. Der Landesvorstand bittet darum, dass an den Sitzungen des Landesvorstandes mindestens ein/e Sprecher*in des Landesrates teilnimmt. Solange keine Sprecher*innen gewählt sind, wird darum gebeten, dass ein Entsendebeschluss gefasst wird.